

Gesetz-Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— Nr. 4. —

Inhalt: Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil des Bezirkes des Amtsgerichts Düren, S. 23. — Bekanntmachung der nach dem Gesetze vom 10. April 1872 durch die Regierungs-Amtsblätter veröffentlichten landesherrlichen Erlasse, Urkunden etc., S. 24.

(Nr. 10492.) Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil des Bezirkes des Amtsgerichts Düren. Vom 15. Februar 1904.

Auf Grund der §§ 48, 49 des Gesetzes über das Grundbuchwesen und die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen im Geltungsbereiche des Rheinischen Rechtes vom 12. April 1888 (Gesetz-Samml. S. 52) und des Artikels 5 der Verordnung, betreffend das Grundbuchwesen, vom 13. November 1899 (Gesetz-Samml. S. 519) bestimmt der Justizminister, daß die zur Anmeldung von Ansprüchen behufs Eintragung in das Grundbuch vorgeschriebene Ausschußfrist von sechs Monaten

für die zum Bezirke des Amtsgerichts in Düren gehörige Gemeinde Jakobwüllesheim
am 15. März 1904 beginnen soll.

Berlin, den 15. Februar 1904.

Der Justizminister.

Schönstedt.

Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetz-Samml. S. 357) sind bekannt gemacht:

1. der Allerhöchste Erlaß vom 30. November 1903, betreffend die Verleihung des Rechtes zur Chauffeegelderhebung usw. an den Kreis Militsch für die von ihm ausgebauten Chauffeen von der Trachenberg-Militscher Chauffee nach Neudorf und von der Militsch-Brustawer Chauffee nach Groß-Perschnitz, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Breslau, Jahrgang 1904 Nr. 4 S. 32, ausgegeben am 23. Januar 1904;
2. der Allerhöchste Erlaß vom 4. Januar 1904, Redigiert im Bureau des Staatsministeriums schlesischen Dampfstraßenbahn, S. m. b. H., zu Berlin, gedruckt in der Reichsdruckerei. elektrischen Kleinbahnen im obererschlesischen Industriegebiete das Enteignungsrecht zur dauernden Beschränkung des Grundbesitzes, der Benutzung von an den Gebäulichkeiten derjenigen Straßen, in welchen aus polizeilichen an Rücksichten die Aufstellung von Tragemasten nicht gestattet werden kann, verliehen worden ist, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Oppeln, Nr. 6 S. 43, ausgegeben am 5. Februar 1904.

Redigiert im Bureau des Staatsministeriums.

Berlin, gedruckt in der Reichsdruckerei.